

Novemberrevolution und Entstehung der parlamentarischen Republik

■ Parlamentarisierung des Kaiserreichs

- September 1918 Eingeständnis der militärischen Niederlage Deutschlands durch die Oberste Heeresleitung (OHL – Hindenburg, Ludendorff)
28. Okt. 1918 Verfassungsänderung: Deutsches Reich wird parlamentarische Monarchie

■ Ausbruch der Revolution

- ab 29. Okt. 1918 **Matrosenaufstand**, beginnend in Wilhelmshaven, gegen sinnloses Auslaufen der Kriegsflotte zu einer letzten Schlacht
- schnelle Ausbreitung des Aufstandes, dabei spontane **Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten** (Vorbild: russische Revolutionen)
7. Nov. 1918 München: Sturz der Wittelsbacher
9. Nov. 1918 Reichskanzler Max von Baden verkündet eigenmächtig Abdankung des Kaisers, übergibt sein Amt an Friedrich Ebert (SPD)
- doppelte **Ausrufung der Republik** durch
- Philipp Scheidemann (SPD): demokratische Republik
 - Karl Liebknecht (Spartakus): sozialistische Republik (= Räterepublik)
10. Nov. 1918 Bildung einer neuen Regierung: „**Rat der Volksbeauftragten**“ aus SPD und USPD (Führung: Friedrich Ebert, SPD)
- Flucht Kaiser Wilhelms in die Niederlande

■ Das Rätssystem

• Inhalt

- Proletariat als bestimmende Schicht
- Betriebe als Basiseinheiten
- einheitliche Willensbildung des Kollektivs
- Räte als System von Delegationskörperschaften (Pyramide)
- keine Parteien, keine Verbände
- imperatives (gebundenes) Mandat, Ämterrotation
- keine Gewaltenteilung
- neues Menschenbild: kein persönliches Machtstreben, soziale Gleichheit

Idee von der **Identität von Regierenden und Regierten**

Gegenkonzept zum parlamentarischen System

Marxismus als Basis

• Kritik

- Gefahr der Ausschaltung bzw. Vernichtung von Minderheiten
- Gefahr der Diktatur einer Minderheit
- Ausschließung größerer Bevölkerungsgruppen von der politischen Mitentscheidung
- Gefahren für die Freiheit durch Aufhebung der Gewaltenteilung, somit auch der Unabhängigkeit der Justiz

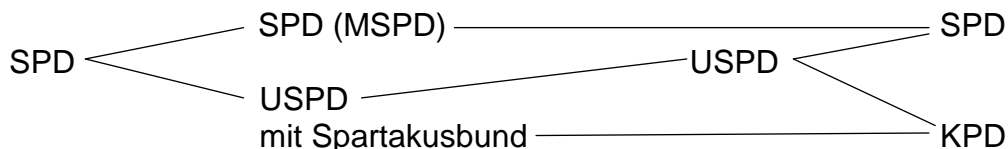
Fortsetzung >>>>>

■ Parlamentarisches System oder Räte-System?

- **Verständigung Ebert – Groener (OHL)**
 - Regierung unterstützt Ordnung im Heer beim Rücktransport aus den besetzten Gebieten
 - Heer unterstützt die Regierung bei der Bekämpfung des Kommunismus
 - **Politische Entscheidungen**
 - Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte (Dez. 1918): Entscheidung gegen das Räte-System, **für das parlamentarische System**
 - Sozialpolitik: **Stinnes-Legien-Abkommen** (15. Nov. 1918)
 - Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeitnehmer und Tarifpartner
 - Einführung des Achtstundentages
 - **Aufstände und Unruhen**
 - **Weihnachtskämpfe**: Aufstand der linken Volksmarinedivision
 - **Spartakusaufstand** (6.-15. Jan. 1919), dabei Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
 - **Frühjahr 1919**: Streiks, Unruhen, Aufstände
 - **Räterepublik in Bayern** (April 1919) nach Ermordung des provisorischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) – Konflikt mit der parlamentarisch gewählten Regierung Bayerns
 - **Räterepublik in Bremen** (Jan. 1919)
- von Freikorps blutig niedergeschlagen (im Auftrag der Regierung: G. Noske)
brutale Gewalttaten auf beiden Seiten
- Freikorps**

 - private Selbstschutzverbände ehemaliger Soldaten
 - Tätigkeit zum Schutz der Ostgrenze gegen Polen
 - Einsatz im Baltikum gegen die Bolschewisten
 - Regierungsauftrag zur Niederschlagung linker Aufstände und Unruhen
 - politische Haltung: rechts, antikommunistisch, anti-republikanisch
- **Wahl zur Nationalversammlung** (19. Jan. 1919) ←
 - Mehrheit für SPD, Zentrum, DDP („**Weimarer Koalition**“) → Regierung Scheidemann (SPD)
 - Niederlage für die Anhänger des Räte-Systems
 - Tagung im ruhigen, die kulturelle Tradition Deutschlands prägenden **Weimar** (→ „Weimarer Republik“) zur Ausarbeitung einer Verfassung

Entwicklung der SPD



- USPD:**
- Gründung 1917 als linke Abspaltung von der SPD
 - Forderungen: Räte-System, Verstaatlichungen
 - 1919 Abspaltung des Spartakusbundes (Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht) → Gründung der KPD
 - 1920 Teilung: linker Flügel zur KPD
rechter Flügel 1922 zurück zur SPD

- Insgesamt:**
- 1. Phase (1918): eher gemäßigte Revolution
 - 2. Phase (1919): Radikalisierung der Revolution; jedoch keine Chance auf Bolschewisierung Deutschlands
 - Spaltung der Arbeiterbewegung – SPD setzt parlamentarisches System gegen das Räte-System durch

Die Weimarer Reichsverfassung

1.) Allgemeines

- **Republik**
- **parlamentarische Demokratie:** Abhängigkeit der Regierung vom Vertrauen des Reichstages: Wahl und Abwahlmöglichkeit (Misstrauensvotum, aber kein konstruktives) durch den Reichstag
- geringfügiger **Föderalismus:**
 - Existenz von Ländern, z. B. Preußen, Bayern
 - Reichsrat als Vertretung der Länder

2.) Der Artikel 48 („Diktaturparagraph“)

- Im Notfall kann der Reichspräsident (= Exekutive) **Notverordnungen** (= Gesetze) beschließen, also legislative Funktion übernehmen.
Durch sein Recht, den Reichstag aufzulösen (Art. 25), kann dabei das Einspruchsrecht des Reichstages außer Kraft gesetzt werden. In der Zeit bis zur Neuwahl kann also ohne Reichstag regiert werden.
Der Reichskanzler kann in einem solchen Notfall ohne Vertrauen des Reichstages (→ parlamentarische Demokratie) regieren, da er vom Reichspräsidenten ernannt wird (Art. 53).
Ergebnis: Art. 48 + Art. 25 + Art. 53 = Diktaturmöglichkeit
- **Reichsexekution:** Reichspräsident kann die Reichswehr gegen ein Land (z. B. Sachsen) einsetzen.

3.) Die Stellung des Reichspräsidenten im Vergleich zum Bundespräsidenten

	Reichspräsident in der Weimarer Verfassung	Bundespräsident im Bonner Grundgesetz
WAHL:	<ul style="list-style-type: none">• durch das Volk	<ul style="list-style-type: none">• durch die Bundesversammlung
AMTSZEIT:	<ul style="list-style-type: none">• 7 Jahre	<ul style="list-style-type: none">• 5 Jahre
BEFUGNISSE:	<ul style="list-style-type: none">• Art. 48• Rechte beim Volksentscheid• repräsentative Aufgaben	<ul style="list-style-type: none">• repräsentative Aufgaben
ERGEBNIS:	starke Stellung („Ersatzkaiser“)	schwache Stellung

Parteien in der Weimarer Republik

- Kommunistische Partei Deutschlands (**KPD**): linksradikal, bolschewistisch
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (**SPD**): Arbeiterpartei, gemäßigt links
- Deutsche Demokratische Partei (**DDP**): linksliberal
- **Zentrum:** katholisch (in Bayern: Bayerische Volkspartei BVP)
- Deutsche Volkspartei (**DVP**): nationalliberal
- Deutschnationale Volkspartei (**DNVP**): konservativ, monarchistisch, z. T. antidemokratisch
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (**NSDAP**): nationalistisch, rassistisch

Die Pariser Vorortverträge

A. Versailler Vertrag mit Deutschland (1919)

1.) **Art. 231:** Deutschland und seine Verbündeten als „Urheber“ des Krieges (Kriegsschuld)

2.) **Territoriale Bestimmungen**

- a.) Abtretungen:
 - Elsass-Lothringen an Frankreich
 - Westpreußen und Posen an Polen („Polnischer Korridor“)
 - Danzig wird Freie Stadt
 - Memelgebiet (1923 an Litauen)
 - sämtliche Kolonien
- b.) Volksabstimmungen:
 - Nordschleswig → teilweise Abtretung an Dänemark
 - Oberschlesien → teilweise Abtretung an Polen
 - Teil von Ostpreußen → verbleibt bei Deutschland
 - Eupen-Malmedy → Abtretung an Belgien (Listeneintragung unter belgischem Druck)
- c.) Sonstige Bestimmungen:
 - Saargebiet unter Völkerbundsverwaltung (nach 15 Jahren Volksabstimmung), Kohlegruben werden von Frankreich ausgebeutet
 - Rheinland wird von Alliierten besetzt

3.) **Abrüstung**

- Auslieferung fast des gesamten Kriegsmaterials
- Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht
- Berufsheer auf 100 000 Mann beschränkt
- entmilitarisierte Zone im Westen

4.) **Reparationen** – vorerst ohne genaue Festlegung

B. Vertrag von St. Germain mit Österreich (1919)

1.) **Abtretungen:**

- Böhmen an die Tschechoslowakei (incl. der deutsch besiedelten Randgebiete = Sudetenland)
- Galizien an Polen
- Südtirol (bis zum Brenner) und Istrien an Italien
- Slowenien an Jugoslawien

2.) **Verbot des Anschlusses** an Deutschland

„Vierzehn Punkte“ von US-Präsident Wilson (8. Jan. 1918)

1. Öffentlichkeit der Friedensverträge, keine geheimen internationalen Vereinbarungen
2. Freiheit der Meere
3. Gleichheit der Handelsbeziehungen unter den Nationen
4. Abrüstung aller auf ein Mindestmaß
5. Unparteiische Neuregelung aller Kolonialfragen
6. Räumung Russlands
7. Räumung und Wiederherstellung Belgiens
8. Räumung Frankreichs, Wiederherstellung der besetzten Gebiete, Abtretung Elsass-Lothringens
9. Berichtigung der Grenzen Italiens „nach klar erkennbaren nationalen Linien“
10. Autonome Entwicklung für die Völker Österreich-Ungarns
11. Räumung und Wiederherstellung Rumäniens, Serbiens und Montenegros; für Serbien freien Zugang zum Meer
12. Autonome Entwicklung für die nichttürkischen Völker des Osmanischen Reiches
13. Unabhängiger polnischer Staat, „der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müsste“, mit freiem Zugang zum Meer
14. Errichtung eines Völkerbundes

Die Pariser Vorortverträge und ihre Bedeutung

Das Ende des 1. Weltkrieges und die Pariser Vorortverträge

- Deutschland:
 - Kriegsschuld
 - Gebietsabtretungen
 - Abrüstung
 - Reparationen
- Zerschlagung des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn
- USA als neue Führungsmacht
- Ausscheiden Russlands aus dem Krieg durch Niederlage (Friede von Brest-Litowsk) und Revolution



Ergebnisse

- Selbstbestimmungsrecht nur teilweise verwirklicht
- Forderungen nach Revisionismus in Deutschland, dazu Instabilität des politischen Systems, aber
- Deutschland immer noch relativ stark



Folge für die Politik in Europa

- Französisches Sicherungssystem gegen Deutschland:
 - Kleine Entente (Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien)
 - Deutschland soll geschwächt werden

Situation Europas

bis 1914: 5 Großmächte



nach 1918/19: Großmachtsituation

- England: Sieger, aber
- Frankreich: geschwächt
- Deutschland: besiegt
- USA: selbstgewählte Isolierung
- Russland: besiegt und geächtet

sowie:

- neue mittelgroße Staaten in Ostmitteleuropa („Cordon sanitaire“ gegen Sowjetrußland)
- z. T. erneut Vielvölkerstaaten (z. B. Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien)